

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

63. Jahrgang

Berlin, den 27. Juli 1927

Nummer 60

Allgemeinverbindlichkeit der Lohnvereinbarung im Schriftgießergewerbe

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) Nr. IV 1424/180. Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35, den 21. Juli 1927.

Entscheidung

Der nachstehende Schiedspruch wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verein deutscher Schriftgießereien e. V., Leipzig.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands für den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
2. Abgeschlossen am 31. März 1927 (angenommener Schiedspruch); Nachtrag zum allgemein verbindlichen am 1. März 1926 in Kraft getretenen Reichsarbeitsverträge nebst Änderungen vom 1. Februar 1927.
3. Beruflicher Geltungsbereich der Allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in reinen Schriftgießereien und Messingdruckfabriken (im Umfange des § 1 des Tarifvertrages).
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Mai 1927.

Dr. Syrup.

Eingetragen am 22. Juni 1927 auf Blatt 7136/8286 (S. Nr. 6 des Tarifregisters).

Der Registerführer: Sprengel.

Die Materialsammlung zum Dritten Bande der Verbandsgeschichte

Der Zweite Band wird nicht nur einen starken Umfang erhalten, er bekommt auch den Charakter eines Nachschlagewerkes in einem Maße, daß kein Wunsch mehr offen bleibt und jedem Bedürfnis der Orientierung über Organisation, Tarif, Gewerbe usw. entsprochen werden kann. Der dritte Teil ist im vergangenen Jahre zum Verbandstage als Vorausgabe erschienen, und daran schon ergab sich der Eindruck, daß hiermit nicht nur ein statistisches Werk von außerordentlicher Bedeutung geschaffen, sondern weiter auch in großen Zügen die Geschichte sämtlicher Untervereine des Verbandes gegeben wird. Der über alle Verfüchungen große Mangel an dem dazu benötigten Material gerade in diesem Betracht machte die zeitraubendsten Nachforschungen notwendig. Das wiederholte sich, als daran gegangen wurde, nach dem Erscheinen der Vorausgabe die noch vorhandenen zahlreichen Lücken sowie auch die vielen Fehler in dem Material zu beseitigen, das wenigstens noch eingesandt werden konnte. Aber einmal angefangen, mußte versucht werden, hier doch noch zur Vollständigkeit und Richtigkeit zu gelangen.

Das ist unter den größten Aufwendungen an Zeit und Kraft möglich gemacht worden. Meist bei den Ortsvereinen des Verbandes sind nach der Vorausgabe noch 102 weitere Gründungen — zusammen 821 — festgestellt, 567 geschichtliche Feststellungen mehr gemacht und dazu noch in 188 Fällen Unrichtigkeiten in den erfolgten Einblendungen ausgemerzt worden. Es läßt sich gar nicht ausdrücken, was eine solche Überarbeitung eigentlich besagt, denn zu jeder einzelnen Verbesserung wurde eine ungeheure Forschungsarbeit erforderlich, da von draußen gar nichts mehr eingeholen war. Bis auf 16 belanglose und völlig

unvermeidbare Unvollständigkeiten ist bei den Untervereinen nun aber alles komplett geworden. Auch bei den Sparten wurde dieses Ziel noch erreicht. Mittel auf dieser Seite nachgetragen worden ist, wurde einer speziellen Festhaltung nicht unterzogen; der große Schrecken bei den Ortsvereinen ließ davon Abstand nehmen. Die Vorausgabe ist im sonstigen viel umgestaltet und in weitestgehender Weise ergänzt worden; es befinden sich so wichtige neue Ausrechnungen darunter, daß im einzelnen manchmal monatelange Arbeit dazu erforderlich war.

Wenn nun Anfragen an den Verbandsvorstand gelangt sind — ich selbst habe keine erhalten —, wann denn der Zweite Band herauskommen werde, so darf ich wohl annehmen, daß nach dieser Darlegung sich weitere erledigen. Ich habe immer erklärt, daß der erste Teil, wenn er auch 28 Jahre Verbands-, Tarif- und Gewerbeschichte umfaßt mit recht bewegten Zeitperioden, mir bei weitem nicht die Schwierigkeiten bereitet, wie sie im Übermaß beim dritten Teile vorhanden gewesen sind. Der dritte Teil kommt jetzt zum Druck, der zweite ist schon längere Zeit im Druck erledigt, der erste aber wird nun nach den unter besagten Umständen wieder gebliebenen Anfängen mit Hochdruck weiter geführt werden. Der Umfang des Zweiten Bandes wird wohl 600 Seiten überschreiten einschließlich 64 illustrierter, für die im besondern die für die „Presse“ in Köln 1928 ausgegebene Parole modernster Veranschaulichungsmethoden schon vorausbestimmen war. Sobald sich über den Zeitpunkt der Fertigstellung des Zweiten Bandes ein Überblick ergibt, erfolgen Hinweise, wie die Bestellungen am besten vor sich gehen können. Jeder Sachkundige wird, wenn er dann den Zweiten Band, mußten kann und von den tatsächlichen Materialschwierigkeiten nur eine Ahnung hat, die dafür verwendete Zeit für gar nicht groß befinden.

Für den von 1917 bis 1926 reichenden Dritten Band der Verbandsgeschichte alle Vorbedingungen zu einem schnelleren Erscheinen zu schaffen, habe ich mir nach den so sehr schweren Erfahrungen mit dem Zweiten Band von vornherein angelegen sein lassen. Persönlich wäre es viel begreiflicher, nach dem komplizierten Erstellen des Ersten Bandes und nach der Riesensarbeit mit dem Zweiten Bande zu sagen: es ist genug für mich, ich widme mich nur noch dem „Korr.“. Damit wäre aber der Sache nicht gedient, und die erfordert, im Erscheinungstermin um einen Ausgleich zum Zweiten Bande nach Kräften bemüht zu sein. Da die Voraussetzungen der ganzen Arbeit am Dritten Bande leichter sind, der Zeitaufwand wesentlich kürzer ist, mein Einarbeiten und Bearbeiten der Materie große Vorteile bringt und ich mich auf eingearbeitete Hilfe stützen kann, so habe ich Ende Februar (Nr. 17) für zwölf Vereinskategorien (ohne die hier ausschaltenden Vereine des Bildungsverbandes) alle für den Dritten Band zu machenden Angaben genau aufgezeigt. Mit Ausnahme der Gau-, der Bezirksvorstände und der nach 1916 gegründeten Vereine betreffen sie nur den Mitgliederbestand, das Vereinsvermögen und die Beitragshöhe zu Ende 1926. Das ist doch wirklich nicht viel verlangt! Nach dem großen informativen Artikel in Nr. 17 hat es in noch neun Nummern des „Korr.“ Hinweise und Mahnungen gegeben; die Gelegenheit dazu habe ich zum Teil auch durch Anfragen genommen, auf die im „Briefkasten“ Antworten erfolgten, aus denen stets auch andre säumige Vorstände ihre Sämlisse ziehen konnten. Ich mußte aus diesen Anfragen oder von anderweitigen Zuschriften her leider feststellen, daß der „Korr.“ von den unteren Vorständen vielfach schlecht gelesen wird. Die nach 21 Wochen von jener ersten Publikation an vorgenommene Aufstellung des eingegangenen Materials zwingt mich aber nun, mit einem nochmaligen größeren Appell hervortreten, wenn all meine Vorbereitungsarbeit zum Dritten Bande durch Unvollständigkeit und Lückenhaftigkeit nicht abermals hinfällig werden soll.

Ich will in aller Kürze erläutern, wo es noch fehlt, und welche Vereinskategorien noch für nimmere schon eilt e Lieferung ihres Materials in Betracht kommen:

Von den Gauvorständen sind einige noch in Bezug mit der Zusammenstellung und Aufstellung ihrer Druckorte nach Ortsvereinen (sogar Mitglieder und mehr), Mitgliedstaaten (2 bis 9 Mitglieder), einzeln stehenden Mitgliedern und Druckorten, wo sich keine Verbandsmittelglieder befinden. Die Vorausgabe bringt darüber ganz klare Vorlagen, nur ist diesmal der Zeitpunkt von Ende Dezember 1926 maßgebend.

Die Bezirksvereine sollen in den Dritten Band mit ihren Hauptdaten Eingliederung finden, nachdem zum Zweiten Bande ein zweimaliger Berlin es nur zu ganz wenigen Angaben brachte. Die Verwaltungszentrale haben als Jahr, Monat und Tag ihrer letztmaligen Bildung angegeben sowie die damalige Mitgliederzahl. Meistlich Druckorte und viel Mitglieder am 1. Juli 1914 und am 31. Dezember 1926 den Bezirksverein ausmachen, ist ebenfalls mit anzugeben, desgleichen der Vermögensbestand und der Beitrag zu Ende 1926. Die Kantonsvereine haben mit Ausnahme von Vermögensbestand und Beitrag ebenso zu berichten. Ich weiß, daß das bei den etwas loseren Gliedern der Bezirksvereine im allgemeinen nicht leicht fällt, es sind aber trotz aller gehobenen Schwierigkeiten auch peinlich genaue Angaben gemacht worden. Das aber nach vor 21 Wochen ergangener Aufschreibung vom Gau Oder nur erst zwei Bezirksvorstände berichtet haben, daß vom Gau Mittelsachsen 5, von Rheinland-Westfalen 10, von Oberelbe 2, von Hannover 3, von Schlesien 5, von Nordwest 2 Verwaltungsbezirksvereine noch ganz fehlen — von den Kantonsbezirken mehr noch — und daß Klären der verstreuten Art außerdem bei vielen Bezirksvereinen vorhanden sind, ist denn doch starker Tadel.

Die Drucker und Schriftgießer werden noch ein sehr großes Manko aufzuweisen haben, wenn nicht bei ihnen von hier aus die Gründungen der Bezirksvereine der Gauen entnommen werden könnten. Die Gauen Dresden, Oberelbe und Thüringen haben nun die große Verwaltungszentrale in ihren Adressbüchern angefallen. Warum, ist mir unerklärlich, da ich Unentschieden hier schon zur Sprache gebracht und die Komplettheit dieser Tabelle mehrmals als besonders wichtig bezeichnet habe. Sofern die Ortsvereine aus den drei erwähnten Gauen nicht schon selbst das entfallende Manko angefallen haben, wird um schleunige Angabe des Vermögensbestandes und der Beitragshöhe von Ende Dezember 1926 erlöst.

Die Zentralkommissionen der Sparten können als erledigt betrachtet werden. Die Gau-, Kreis- und Bezirksleiter der Sparten sind meistens erst in der Nachkriegszeit gebildet worden. Es ist aber das Gründungsdatum nur lückenhaft angegeben, ferner die Zahl der ihnen unterliegenden Vereine und Druckorte sowie Beitrag und Vermögen nach dem Stande von Ende 1926. Bei den baldigst nachzufolgenden Mittellagen ist aber auch die Sparte zweifelsfrei zu benennen.

Die örtlichen Spartenvereine lassen mit ihren Einblendungen noch viel zu wünschen übrig. Bei späteren Gründungen als 1918 ist auch das Gründungsdatum anzugeben, im allgemeinen kommen aber nur Mitglieder, Vermögensbestand sowie Beitrag — allerdings bei den Sparten immer in der Unterstellung, ob der Beitrag wöchentlich oder monatlich geleistet wird — von Jahresfrist 1926 in Betracht. Ist eine solche Mittelzahl überhaupt Arbeit zu nennen? Es muß doch jeder Spartenvorstand wissen, ob er mit schon seine Angaben hat angegeben? Warum hat das eine ganze Anzahl folgen lassen?

Die Gau-, Kreis- und Bezirksvereine sind in der Regel in die Kategorien eingeteilt, die sie in der Regel zu wissen, daß sie mitbringen. Die Spartenangaben sind hier zu kopieren. Aber die graphischen Kartelle sollte über das Jahr ihrer Gründung Mitteilung gemacht werden, dann über den Mitgliederbestand nach Druckorten und Geschäftsorten getrennt. Genaue auch graphische Kartelle sind dem erst nachgekommen zum Teil aber mit Mühen.

Bei den Redaktionen und Buchverlagen scheint das Interesse auch gering zu sein. Hier sind erforderlich die geordneten Unterhaltungsangaben, die Mitgliederzahl, Beitrag und Vermögen nach dem Stande von Ende 1926. Nach 1916 neu gegründete Verlage werden auch zur Angabe des Gründungsdatums und des genaue Namens veranlaßt. Nur sechs solcher Falleneingabe haben jedoch erst beantwortet.

Die Buchdruckervereine und Schriftgießervereine sind der Rekord der Vollständigkeit. Aus neun Gauen ist noch gar kein kollektiver Spartenverein mit Mittellagen gekommen, aus neun andern Gauen hat nur die Minderzahl der Spartenvereine Angaben gemacht. Ein beschämendes Ergebnis! Um den vielen Vorständen das Nachsehen hier zu erleichtern, wird wiederholt: Gründungsdatum (seltener legende Einnahme mit angegeben werden), Aktien- und Passivvermögen von Ende 1926; ob gemischter Charakter vorhanden, seit wann und mit wieviel weiblichen Mitgliedern.

Von Druckern und Schriftgießern haben sich nur zwei gemeldet: Berlin und Hannover. Die weiteren wollen schnell folgen mit ihrem Gründungsdatum und ihrem Mitgliederbestand von Ende 1926.

Die Buchdruckervereine verschiedener Art werden aufgeführt. Obwohl solche in verschiedener Art bestehen, ist noch keine Meldung erfolgt; lassen wir es gaus.

Es sind also noch viele Verhältnisse gutzumachen; ich bitte dringend darum, bis Mitte August alles einzusenden, damit die Aufstellung der Untervereine usw. endlich begonnen werden kann. Erfahrungsgemäß wird nach einer solchen „Ansprache“ manderlei noch zurückgefragt. Ich möchte deshalb gleich erklären, daß Antworten vor dem 10. August wegen Abwesenheit nicht erfolgen können. Wer diese Ausführungen liest und auf die Detaillierungen in Nr. 17 noch zurückgreift, kann auch ohne Anfragen auskommen. Die nach dem 15. August noch im Rückstand stehenden Untervereine müßten namentlich im „Korr.“ zur Materialeinsendung aufgefordert werden.

Zu beabsichtige mit eingearbeiteter Hilfe den statistischen Aufbau des Dritten Bandes auch aus dem Grunde zeitig zu bewerkstelligen, damit ich nach dem Zweiten Bande meine Tätigkeit für den „Korr.“ erweitern kann. Unter den jetzigen erdrückenden Umständen kann ich nur von Fall zu Fall oder sonst in bestimmten Sachen mitzukommen, zumal noch andres ruft. Man dient also auch so der Sache, wenn man mir die schwere Arbeit mit der Verbandsgegeschichte erleichtert. Die Möglichkeit, den Zweiten Band und den Dritten Band der großen Geschichte unserer Organisation, die auch unser ganzes Gewerbe mit erfasst, aus einem Guss zu erhalten, sollte doch Ansporn genug sein, das mit zwei Ausnahmen diesmal so leicht zu beschaffende nun schleunigst zur Stelle zu bringen. Für die Mitarbeit, die prompt und richtig bereits erfolgte, spreche ich kollegialen Dank aus!

W. Krahl.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1926

Das Jahr 1926 unterwarf die deutschen Gewerkschaften einer ungemein schweren Belastungsprobe. Raum war ihnen nach den verheerenden Folgen der Währungsplattstrophe eine kurze Zeit der Sammlung und der finanziellen Erholung beschieden, als sie wieder von einer Krise des Wirtschaftens, wie sie an Umfang und Dauer während der ganzen kapitalistischen Entwicklungsperiode in Deutschland nicht zu vergleichen war, betroffen wurden. Nach zwei Seiten übte diese Krise ihre verhängnisvolle Wirkung auf die Gewerkschaften aus. Sie verminderte ihre Mitgliederzahl und belastete sie finanziell schwer durch Leistung großer Unterstützungssummen bei einem gleichzeitigen starken Ausfall an Beiträgen durch erwerbslose Mitglieder. Diese Merkmale geben der Statistik der Verbände für 1926 ihr Gepräge. Die bewährteste Erscheinung ist, daß der im Vorjahre so hoffnungsvoll eingeschätzte Aufschwung der Mitgliederbewegung in kurzer Zeit wieder jäh unterbrochen wurde, um Johann in einen Rückgang umzuschlagen. Wenn aber im Jahre 1925 der Aufstieg der Mitgliederzahlen sich nicht in dem erwarteten Umfange vollzog, so ist andererseits auch der Rückgang im Berichtsjahre nicht in dem Maße eingetreten, wie er befürchtet werden konnte.

Die rückläufige Bewegung hat genau ein Jahr ange dauert. Sie setzte bereits beim Beginn der Krise, im vierten Vierteljahr 1925, mit einem Verlust von 31 000 Mitgliedern ein und schloß im Berichtsjahre Ende September mit einer Schlussabnahme von 9710 Mitgliedern gegen das vorausgegangene Quartal. Am Schluß des Jahres ist, bereits gegen den tiefsten Stand (im September) wieder eine Zunahme von 48 387 Mitgliedern zu verzeichnen. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug am Ende des Berichtsjahres 3 933 931, gegen 4 182 445 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die günstigere Entwicklung des Mitgliederbestandes setzte sich auch im neuen Jahre fort. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik war die Permittenzionenzahl am 31. März 1927 wieder erreicht.

Durch den Anschluß der Verbände der Glas- und der Porzellanarbeiter an den Verband der Fabrikarbeiter verminderte sich die Zahl der zum DGBZ. gehörenden Verbände von 40 auf 38 im Jahre 1926, die zusammen 15 484 Zweigvereine hatten. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 200 213 (1925: 3 282 684) männliche, 659 499 (761 686) weibliche, 117 597 (122 182) jugendliche, zusammen 3 977 309 (4 156 451) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtzahl nahm um 179 142 = 4,3 Proz. ab. Diese Verminderung im Jahresdurchschnitt ist nicht so erheblich wie bei Gegenüberstellung der Jahresendzahlen. Berücksichtigt man, daß von den Mitgliedern der Verbände im Durchschnitt das ganze Jahr hindurch (unter Einrechnung der Kurzarbeit) ungefähr der vierte Teil beschäftigungslos war, so ist, gemessen an diesem Anfang der Arbeitslosigkeit, der Verlust an Mitgliedern immerhin als mäßig zu bezeichnen. Auch nicht alle Verbände haben Verluste erlitten, ein Teil von ihnen (darunter der Verband der Deutschen Buchdrucker) kann trotz der mißlichen Verhältnisse noch einen Zuwachs an Mitgliedern buchen.

Die Finanzgebahrung der Verbände im Berichtsjahre wird charakterisiert durch die ungemein hohen Unterstützungssummen. Ganz besonders große Ansprüche hat die Unterstützung der Arbeitslosen an die Kassen der Verbände gestellt. Dieser dadurch stark erhöhten Mehrausgabe steht nur eine geringe Steigerung der Einnahmen gegenüber. Zwar sind in der Höhe der Beitragsleistungen gegen das Vorjahr erfreuliche Fortschritte festzustellen, jedoch zogen sie keine Mehreinnahmen an Verbandsbeiträgen im gleichen Ausmaß nach sich, da die starke Beschäftigungslosigkeit die wirkliche Beitragsleistung sehr ungünstig beeinflusste. Die an der Statistik beteiligten Verbände verzeichneten 1926 eine Gesamteinnahme von 148 189 716 M. Davon kommen auf Beitragsleistungen 137 633 607 M. und 10 501 109 M. auf andere Einnahmeverbindungen. Die Einnahmen an Verbandsbeiträgen erhöhten sich von 109 214 010 M. auf 116 942 931 M., während die an Lokalbeiträgen von 20 477 923 M. auf 18 593 697 M. zurückgingen. An Extrabeiträgen kamen nur 2 101 979 M., gegen 6 565 307 M. im Vorjahre, ein. Auch die sonstigen Einnahmen und die Eintrittsgelder ergeben gegen das Vorjahr geringere Beträge, so daß trotz der 7 728 921 M.

höheren Einnahmen an Verbandsbeiträgen gegen 1925 nur eine Mehreinnahme von 643 015 M. verbleibt. Von der Einnahme an Beiträgen kamen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1926: 34,62 M. und 1925: 32,78 M. Die Gesamtausgabe betrug 135 529 991 M. (1925: 125 874 093 M.). Hiervon wurden für Unterstützungen 82 064 263 M. verausgabt. Auf die Unterstützung der Arbeitslosen kamen allein 39 607 009 M. Von je 100 M. Ausgabe entfielen 45,89 M. auf Unterstützungen, gegen 26,28 M. im Vorjahre, und auf jedes Mitglied kamen im Durchschnitt 9,96 M. Arbeitslosenunterstützung, während dieser Pro-Kopf-Betrag im Vorjahre nur 3,32 M. ausmachte. Diese Zahlen lennenzeichnen zur Genüge die schwere finanzielle Belastung der Verbände durch die Krise. Auch die Kassenunterstützung erhöhte sich wesentlich, und zwar von 1 084 564 M. auf 2 338 995 M. Die übrigen Unterstützungsausgaben veränderten sich nicht erheblich. Außer den bereits erwähnten Unterstützungen wurden 1926 noch verausgabt: für Reiseunterstützung 589 798 M., Umzugsunterstützung 152 655 M., Krankenunterstützung 14 768 596 M., Invalidenunterstützung 1 363 257 M., Sterbefallunterstützung 2 197 759 M., sonstige Unterstützungen 501 151 M. und für Rechtschutz 554 443 M. Alle diese Unterstützungen bedingten zusammen gegen 1925 eine Mehrausgabe von 1 973 787 M. Die höheren Summen für Unterstützungen konnten zum Teil durch eine starke Mehrausgabe für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen gedeckt werden. Das Krisenjahr 1926 war der Fühnung wirtschaftlicher Kämpfe nicht günstig, sie fanden an Zahl und Umfang hinter denen, die im Vorjahre stattfanden, ungemein stark zurück. 1926 verursachten die wirtschaftlichen Kämpfe nach der Verbandsstatistik eine Ausgabe von 6 100 760 M., gegen 29 656 960 M. im Vorjahre. Die Ausgabe für Verbandsorgane und Bildungszwecke betrug 7 116 818 M., hiervon kamen 4 879 573 Mark auf Verbandsorgane. Für Agitation, Konferenzen, Verbindungen usw. wurden 21 653 042 M. und für alle Verwaltungszweige zusammen 38 595 608 M. verausgabt. Die anteiligen Beträge dieser Kosten an den Gesamtausgaben änderten sich gegen das Vorjahr nur unwesentlich.

Obwohl die Gewerkschaften im allgemeinen unter der Last der Wirtschaftskrise schwer zu leiden hatten und ihre Mitgliederzahlen zurückgingen, haben trotzdem die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1926 in der Festigung ihres Bestandes weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Der Sturz der Währung hatte die Ortsausschüsse besonders stark getroffen und viele zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen. Die jüngste Statistik bietet nun wieder einen sicheren Überblick über das weite Gebiet der Ortsausschüsse, soweit sie sich als lebensfähig erwiesen. Ingesamt befanden im Berichtsjahr 1295 Ortsausschüsse, von denen 1088 = 83,8 Proz. an der Statistik beteiligt sind. Diesen waren 11 545 Gewerkschaften angegeschlossen, die am Ende des Jahres 3 284 523 Mitglieder, darunter 608 214 weibliche und 120 997 jugendliche, zählten. Demnach wurden von der Statistik der Ortsausschüsse 83,0 Proz. der gesamten Zahl der Mitglieder des DGBZ. erfasst. Von den berichtenden Ortsausschüssen zählten 644, also reichlich die Hälfte, bis 1000 Mitglieder, 388 = 35,8 Proz. über 1000 bis 10 000 Mitglieder und 62 = 4,8 Proz. über 10 000 Mitglieder. Man kann diese Gruppierung, in der gleichen Reihenfolge, als die kleineren, mittleren und größeren Ortsausschüsse bezeichnen. Auf die erste Gruppe entfielen 269 188, auf die zweite 1 138 119 und auf die letztangeführte Gruppe 1 857 216 Mitglieder. Nach der Zahl der Mitglieder liegt demnach das Schwergewicht des Ortsausschussesbestandes bei den mittleren und größeren. Doch ist die Ausdehnung der Ortsausschüsse auf die kleineren Orte ungemein wichtig, da sie der Gewerkschaftsbewegung weit auf das Land hinaus Stützpunkte verschafft. Über 25 000 Mitglieder haben 17 Ortsausschüsse, und zwar sind es die folgenden Orte, die 1926 folgende Mitgliederzahlen aufwiesen: Berlin 296 706, Hamburg, Altona 163 775, Dresden 113 574, Leipzig 106 260, München 66 526, Frankfurt a. M. 60 536, Neinberg 54 641, Stuttgart 58 611, Hannover 56 471, Köln 49 760, Breslau 47 813, Chemnitz 41 833, Magdeburg 39 788, Bremen 39 267, Wiesbaden 31 731, Stettin 30 583 und Kassel 29 770.

Die Ortsausschüsse nehmen in dem organisatorischen Aufbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine wichtige Stellung ein. Ihnen liegt die örtliche Vertretung der Gewerkschaftsinteressen ob. Ihr Tätigkeitsgebiet und Aufgabenzirkel ist umfangreich und vielseitig. Sie verfügen über Einrichtungen, die zum Teil hohe Kosten verursachen, aber auch für die Mitglieder einen großen Wert haben. In erster Linie stehen hier die Rechtsberatungsanstalten der Ortsausschüsse, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen. Die ersteren werden von vollbesoldeten Angestellten geleitet und bestehen an Orten mit einem größeren Mitgliederkreis. Im Berichtsjahre unterhielten 118 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate und 240 hatten nebenberuflich verwaltete Rechtsauskunftstellen eingerichtet. Zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten unterhielten 45 Orte eigne Gewerkschaftsbureaus. In diesen Einrichtungen wurden insgesamt 263 Angestellte beschäftigt.

Dem Bildungswesen wird im weiten Maße Rechnung getragen. 775 Ortsausschüsse unterhielten für alle angeschlossenen Gewerkschaften gemeinsame Bibliotheken. In 438 Orten sind zur Pflege des Bildungswesens Ausschüsse eingesetzt und in 260 Orten besondere Ausschüsse für die Jugend gebildet. Zur Überwachung der Bauarbeiterbeschäftigung sind in 445 Orten aus sachkundigen Personen zusammengesetzte Kommissionen gebildet und in

225 Orten bestehen Betriebsrätezentralen. 104 Ortsausschüsse besitzen eigne Gewerkschaftshäuser mit Büroräumen, Versammlungsräumen, Restaurants usw. 33 Gewerkschaftshäuser sind mit Herbergen verbunden. Zum Betrieb dieser Unternehmungen fungieren in der Regel besondere Gesellschaften. Ihre Kassenumsätze erscheinen nicht in den Kassenübersichten der Ortsausschüsse.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die meist pro Mitglied berechnet werden. Seit 1924 hat sich die Beitragsleistung erfreulich aufwärts entwickelt. Angaben über die Kassenverhältnisse liegen von 1038 Ortsausschüssen mit zusammen 3 220 265 Mitgliedern vor. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahr 3 093 114 M., davon kommen 2 304 718 auf Beiträge. Im Durchschnitt kam auf jedes Mitglied eine Beitragseinnahme von 72 Pf., gegen 62 Pf. im Vorjahre und 43 Pf. im Jahre 1924. Diese Steigerung der Anteile läßt die gute Entwicklung der Beitragsleistung erkennen. Die Gesamtausgabe belief sich auf 2 731 418 M. Von ihnen entfielen auf Agitation 171 900 M., auf Gewerkschaftshäuser, Herbergen und Versammlungsräume 77 457 M. (Zuschüsse) und auf Sekretariate und Rechtsauskunftstellen 799 563 M. Für Bildungszwecke wurden 454 434 M. verausgabt. Die Verwaltungskosten betrugen 655 818 M. und die sonstigen Ausgaben 403 288 M. An die Bezirksausschüsse wurden 155 076 M. geleistet. Als gemeinnützige Einrichtungen erhalten ein Teil Arbeitersekretariate auch Zuschüsse aus Kassen von Gemeinden, Kreisen, Ländern und andern Körperschaften. Diese Zuschüsse beliefen sich im Berichtsjahr auf 120 684 M.

Eine eingehendere Darstellung des organisatorischen Bestandes des DGBZ. der Finanzgebahrung der einzelnen Verbände und der Ortsausschüsse enthält das demnächst erscheinende Jahrbuch des DGBZ. für 1926. Es sei schon an dieser Stelle auf das Erscheinen dieses zur Erkenntnis der Wirksamkeit der Gewerkschaften Deutschlands bedeutamen Werkes hingewiesen.

Die Unternehmerverbände 1925/26

Darüber kann gar kein Zweifel bestehen, daß unser deutsches Unternehmertum aus der konservativ-reaktionären Kra-Buch-Beumer herausgewachsen ist und der Arbeiterbewegung heute mit einer ganz andern Wertschätzung gegenübertritt, als das zu jener Zeit der Fall war. Doch die Unternehmer weniger gefährlich geworden sind, soll damit aber ganz und gar nicht gesagt werden; ihre rückfällige gewerkschaftsfeindliche Einstellung haben wir ja noch in der Inflationszeit 1923 zur Genüge feststellen können, als der Unternehmerrwind, trotz einer völlig veränderten politischen- und wirtschaftlichen Lage aus einer ganz gefährlichen Ecke pfliff. Bedäglich die bessere Erkenntnis und die Fortentwicklung der allgemeinen Verhältnisse waren es, die aus eigenem den Kurswechsel erzwingen, daß daneben der gewaltige Druck des immer weiter um sich greifenden freigewerkschaftlichen Gedankens recht kräftig nachgeholfen hat, dürfte ja selbst auch von Unternehmern seit kaum noch ernstlich bestritten werden. Daß damit nicht zuviel gesagt ist, zeigt uns der Verlauf einer kürzlich abgehaltenen Tagung des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller, auf der der Geheimrat Professor Dr. Bühler in einem mit Beifall aufgenommenen Referat erklärte: „Die Entwicklung des modernen Fabrikationsprozesses, welche die menschliche Arbeitskraft immer mehr durch Maschinen ersetzt, habe zur Homogenisierung in den Lebensbedingungen und damit auch in der Ideenwelt der Arbeiterklasse geführt. Der so entstandene Kollektivgedanke habe sich durchgesetzt in der Form der Gewerkschaften, die eine notwendige Erscheinung der modernen Wirtschaft darstellen. Wenn die Gewerkschaften nicht beständen, hätte man sie schaffen müssen. Ihnen sei es mit zu verdanken, daß die Löhne erhöht, damit die Konsumkraft der Massen gestärkt und so schließlich die Produktion und der Wohlstand der an ihr Beteiligten erhöht worden sei. Leider sei diese segensreiche Auswirkung der Gewerkschaftsinstitution nahezu ein Jahrhundert lang verkannt und bekämpft worden, statt sie in den Dienst der Wirtschaft einzupflanzen.“ Hier haben wir also das auf einer Unternehmertagung ausgesprochene Eingeständnis, daß sich die Gewerkschaften durchgesetzt und damit den geistigen Kurswechsel des Unternehmertums erzwingen haben. Daß dieses Eingeständnis noch nicht recht Wurzel schlagen will, muß jedem Gewerkschaftler psychologisch verständlich erscheinen. Es liegt nun eben einmal in der Natur des Besitzenden Begründet, daß er sich als der Übergeordnete, als der Herr im Hause fühlt, und wenn unter zarter Berücksichtigung dieser überlebten Einbildung bei ihm der innere Kampf zwischen alten Überlieferungen und der neuen Zeit noch immer nicht so recht zum Abschluß kommen will, so wollen wir auch daran nicht verständnislos vorübergehen.

Aber auch das hat schließlich seine Grenzen. Einen ausgezeigten Beweis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Abwehr solcher inneren Unsicherheit liefert uns der soeben erschienene Bericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über die Jahre 1925/26, in dem neben manchem bezüglingswerten Aufsatz zu einer Neuorientierung doch noch viel Ungerechtfertigtes auch gegen die Gewerkschaften gesagt wird. Das ist ein bedauerlicher Rückfall in die Methoden der Vorkriegszeit, der nicht geeignet ist, die von den Unternehmern ge-

wünschte Entspannung herbeizuführen. Man sollte auch dort einmal den Mut aufbringen, den Dingen ins Auge zu schauen und sie so zu behandeln, wie sie in Wirklichkeit sind. Wie berechtigt dieser Wunsch ist, beweist uns die Aufnahme, die der Bericht bei der unternehmerrfreundlichen Presse gefunden hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ (Berlin) greift ihn als ein gesundes Fresken auf, um ihr Herz einmal gründlich auskühlen zu lassen, und die „Industrielle Praxis“ (Eberfeld) benutzt ihn sogar zu einem Artikel über „Lohnregulierung und Werttarife“, womit dem Bericht in seiner ganzen Bedeutung eigentlich schon das Urteil gesprochen ist. Aber wir haben dennoch auch noch einiges dazu zu sagen. Denn die Behandlung der Sozialpolitik, der Sozialversicherung, des Arbeitsmarktes und des Lohn- und Tarifwesens sind mit so wenig Verständnis, dafür allerdings mit um so mehr juristischer Spitzfindigkeit behandelt, daß die Arbeiterchaft daran nicht vorübergehen kann. Die grundsätzlichen absehbenden Betrachtungen sind ein Meißerstück juristischer Sachbildung ohne Gedanken. Man lese zum Beispiel folgendes: „Wenn man versucht, aus der Entwicklung der Jahre 1925—1926 das Wesentliche und Grundsätzliche zusammenfassend herauszuheben, so muß man davon ausgehen, daß nach den Umwälzungen des Krieges und der Nachkriegszeit die Rückkehr zu ausgeglichener und stetigen Verhältnissen nur allmählich und die Bewältigung der neuen Probleme einer von Grund aus veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage nicht ohne Fehlgänge und Rückschläge erfolgen kann. Eine kritische Würdigung der Ereignisse wird daher die Schwierigkeiten der verantwortlichen mitwirkenden Stellen berücksichtigen müssen, und kann nur mit dem Vorbehalt erfolgen, daß der Abstand von den Geschehnissen der beiden letzten Jahre noch zu gering ist, um in allen Fragen zu abschließendem Urteil gelangen zu können.“ Obwohl hier von wesentlichen und grundsätzlichen Fragen gesprochen wird, wird man doch vergebens nach einem positiven Gedanken suchen müssen. Es sind eben nur Worte, die die Tatsache verschleiern sollen, daß die Unternehmerverbände in den verflochtenen beiden Jahren wie auch vorher redlich bemüht waren, die im Interesse der Gesamtheit angestrebten Bemühungen der Gewerkschaften und zum Teil auch des Staates zu durchkreuzen und zunichte zu machen. Das geht nämlich mit weit mehr Deutlichkeit aus den Betrachtungen der Einzelgebiete hervor.

Daß in den Fragen der Sozialpolitik zwischen Unternehmern und Arbeitern grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist angesichts der sich gegenüberstehenden beiden Klassen nicht verwunderlich, vielmehr als etwas Gegebenes zu betrachten. Die Gewerkschaften werden und können nicht in dem Kampf um die Sicherstellung der Arbeitsopfer erlahmen und werden ebenso wenig in ihrem Kampf um den kulturellen „Aufstieg“ der Arbeiterklasse zurückweichen, nur um etwa dem Unternehmer entgegenzukommen. Sie haben im Gegenteil bei allen Anlässen erklärt, daß der bisher erreichte Stand der Sozialpolitik die Arbeiterchaft unter keinen Umständen zufriedenstellen kann. Die Gerechtigkeit erfordert, auch zu betonen, daß die Unternehmer heute ebenfalls die Pflicht des Staates zur Sozialpolitik anerkennen; ein gewiß erfreulicher Fortschritt, der nicht bestritten werden soll. Leider steht er bei ihnen aber nur auf dem Papier, denn was sie unter einer ausreichenden Sozialpolitik verstehen, ist ja denn doch zu bescheiden, als daß wir uns damit zufriedengeben könnten. In salbungsvollen Worten

wird auch das Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft anerkannt. Dann aber heißt es mit erfreulicher Deutlichkeit, „daß auch die Sozialpolitik in das gesamte in der Staatsgewalt gipfelnde Leben des Volkes als dienendes Glied eingegliedert werden muß. Das bedingt bei allen Beteiligten Rücksichtnahme und Zurücktretenlassen rein egoistischer Wünsche zugunsten der höheren Idee des Allgemeinwohls, legt aber auch der Staatsleitung besondere Pflichten auf. Es gilt, die aus den gesamten, unendlich weitverbreiteten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen des Volkes herauswachsenden sozialen Wünsche mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen (!) in Einklang zu bringen, die einer gesunden Sozialpolitik die Grenzen ihrer Betätigung

weniger Worten konnte der Begriff der Sozialpolitik wahrhaftig nicht totgeschlagen werden, und damit ihm gänzlich die Luft zum Leben vergeht, wird dem Staate ganz unverblümt gesagt, daß er sich schon deshalb mehr Beschränkung auferlegen müsse, weil die viel zuviel erlassenen Gesetze gezeigt haben, daß sie in der Praxis zu unangenehmen, das Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer jedenfalls nicht verbessernden Streitigkeiten führen.“ Das hat gerade noch gesagt, um auch den Humor zu seinem Recht zu verschaffen. Der Staat erläßt Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft, die Unternehmer sabotieren sie, wahrscheinlich auch zur Ehre der höheren Idee des Allgemeinwohls, der Staat sieht sich in Verfolg dessen gezwungen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, das alles wird dann als viel zuviel zusammengepackt und obendrein dem Staat noch gesagt, laß die Finger davon, du störst damit nur das zurzeit bestehende harmonische Verhältnis zwischen uns und unsern Arbeitern. Und gegenüber einem solchen unglaublichen Treiben bringt die „Deutsche Tageszeitung“ noch fertig, den Friedenswillen der Unternehmer in die Worte zu kleiden: „Zweifellos zeigt es sich, daß der oft noch und gern gegen die Arbeitgeberchaft geschleuderte Vorwurf des Schamhaftertums gänzlich unbeweglich ist, daß die Schuld jedenfalls nicht auf dieser Seite liegt, wenn der Arbeitsfriede und der soziale Ausgleich leider auch heute noch ein ziemlich fern gelichtetes Ziel ist.“ Wäre nicht inzwischen die 24-Stundenzzeit eingeführt, dann könnte man dazu wirklich nur noch sagen: „Man schlägt's aber dreizehn!“

Aber damit ist das Programm der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände noch nicht erschöpft. Ähnliche ideale Zustände wünscht sie auch auf dem Gebiete der Lohnpolitik. Das staatliche Schlichtungsweisen liegt ihr da vor allem schwer im Magen. Es wird schaudernd festgestellt, daß bei der großen Lokalbewegung vom Frühjahr 1925 nur etwa 23,6 Proz. der Industriearbeiter auf freiwilliger Grundlage abgeschlossen worden sind, dagegen 40 Proz. aller Lohnreglungen durch Verbindlichkeitsverklärung erfolgte. Die selbstverständliche, ganz in der Linie der Unternehmerpolitik liegende Schlussfolgerung ist für sie die, das staatliche Schlichtungsweisen zurückzudämmen, um „die Enthebung der beiden Gruppen von der letzten Verantwortlichkeit durch das Eingreifen der Staatsgewalt“ herbeizuführen. Diese Schlussfolgerung ist falsch, weil die Voraussetzungen nicht richtig gewürdigt worden sind. Die geringe Anzahl der freiwilligen Lohnvereinbarungen bedauern wir vom gewerkschaftlichen Standpunkt gewiß und dem Wunsch nach Stärkung des Verantwortungsbewußtseins schließen wir uns gern an — aber wen trifft denn dieser Vorwurf? Nur diejenigen, die sich in ihrem Jahresbericht moralisch darüber entrüsten. Die Vertreter der Gewerkschaften haben bei dem „mangelnden Vertrauen“, das sie bei der bisherigen Zusammenfassung der Reichsregierungen zu den Schlichtungsinstanzen haben mußten, immer Wert darauf gelegt, Lohnreglungen in freier Vereinbarung zu tätigen und haben auch bei der unigen Verbundenheit der Massen mit den Führern sich nie scheut, für solche Lohnreglungen auch die Verantwortung zu übernehmen. Ganz anders aber liegt es bei den Unternehmern. Sie haben den Verhandlungen mit den Arbeitervertretern meist von vornherein die Möglichkeit der freiwilligen Verständigung genommen und haben die staatliche Schlichtungsmaschine in Bewegung gesetzt. Aber wir verstehen wohl recht, wenn wir annehmen, daß die



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Rothe in Gotha
Eingetreten: 27. Juli 1877. Seht Juvvalide.



gung ziehen müssen.“ Diefelbe Mäßigung wird dann auch dem Reichsparlament anempfohlen, dem man vorrechnet, daß seit November 1918 insgesamt 495 Reichsgesetze bzw. Verordnungen sozialpolitischen Inhalts verabschiedet worden sind, und daß auch hier mit der allmählichen „Rückkehr“ getragener „innerer Verhältnis“ ein „richtigeres Tempo angezeigt“ wäre. Das ist also der praktische Sinn der Bejahung der Sozialpolitik durch das Unternehmertum. Die Beteiligten, das heißt also die Arbeiter, sollten zugunsten der Idee des Allgemeinwohls, um die sich sonst die Unternehmer den Teufel kümmern, auf ihre egoistischen Wünsche, also auf den zurzeit unvollkommenen Schutz der Arbeitskraft resp. auf die ohnehin schon unzulängliche Lebenshaltung verzichten und der Staat soll die Verhältnisse sich ausreifen lassen, das heißt, er soll den schuldlos preisgegebenen Arbeiter dem sozialführenden Unternehmer überlassen. Mit

Für unsere Frauwelt

Die Frauenbewegung im Roman

Von den deutschen und ausländischen Romanen der letzten Jahrzehnte haben am stärksten solche Werke in breiten Kreisen gewirkt und Erfolge erzielt, die Veränderungen des Bürgeriums, den Übergang der Weltanschauung von einer Generation zur andern, nicht selten auch Symptome des Verfalls behandelt haben. Dahin gehören in Deutschland vor allem „Die Buddenbrooks“ von Thomas Mann, in England die „Forsyte-Saga“ von Galsworthy. Zu diesen Werken ist jetzt ein holländischer Roman gekommen, der besonders die Gegensätze der Frauen in verschiedenen Geschlechterfolgen zum Gegenstande hat, die Gegensätze, die sich herausbilden infolge der Bestrebungen der — wohl gemerkt, nur bürgerlichen — Frauenbewegung, des Kampfes um Selbständigkeit der Frau in der Familie, den Eltern und dem Manne gegenüber, des Kampfes um eine frei gewählte Berufsbeschäftigung und erweiterte Bildungsmöglichkeiten. Dieser Roman „Die Frauen der Cornveelt“ von Jo van Ammes-Küller liegt jetzt in einer deutschen Übersetzung von Franz Willberg (Verlag von Grethlein & Co., Leipzig und Jülich) vor. Auch er spielt wie die oben genannten Romane in einer begüterten Kaufmannsfamilie. Vier Generationen von Frauen werden darin geschildert. Immer wieder spielt das Leben dieser Frauengeschlechter zurück in das alte Familienhaus der Cornveelts. Das erste Buch beginnt im Jahre 1840 im Hause des Wohlvereherrlichten Ludwig Cornveelt mit der Ankunft eines Gastes, einer Nichte aus Frankreich, deren Mutter einst gegen den Willen ihrer Angehörigen einen französischen Musiker geheiratet hat und nun als entarteter Gift. Die französische Nichte erregt von vornherein Anstoß durch ihre leichtere und farbigere Kleidung. Ihr Name Marie (Marie Elisabeth) wird in das schwerfällige holländische „Miebetje“ umgeändert, und so will der alles

beherrschende Onkel auch ihre ganze Persönlichkeit umformen. Schließlich entzieht sich das Mädchen dieser Vergewaltigung durch die Flucht, nachdem auch die Liebe des einen Sohnes des Hauses zu ihr nicht dem Willen des Vaters standgehalten hat. Nach diesem Willen werden die Töchter des Hauses gegen ihren eignen Wunsch verheiratet und wird den Söhnen der Beruf aufgegeben.

Das zweite Buch beginnt im Jahre 1872. Da sind die Kinder aus den Ehen der Söhne und Töchter von Ludwig Cornveelt bereits herangewachsen. Alle diese Ehen haben kein vollkommenes Glück geschaffen. Diesmal sträuben sich die Töchter gegen den Willen ihrer Eltern. Ihr Apokalypse wird die einst geflohene Verwandte, jetzt die Wortkämpferin der Frauenbewegung, die in einer sehr fesselnd geschilderten Versammlung dem phrasendreschenden Geistlichen entgegentritt, der von den weiblichen Tugenden der Frau, Demut, Hingabe usw., salbungsvoll spricht. Eine dieser Töchter führt dann das verpönte Frauenstudium als Ärztin durch. Als anerkannte und berühmte Ärztin zeigt sie das dritte Buch, in dem sie, selbst alt geworden, wieder den Nichten und Neffen der vierten Generation gegenübertritt. Dieses Buch spielt im Jahre 1924, also nach dem Weltkriege, auf den mannigfach Bezug genommen wird. Die neue Generation treibt Sport und ist gegen alle Hemmungen. Diesen neuen Erscheinungen steht die alte Ärztin nun selbst verwirrt und befremdet gegenüber. Sie hat noch äußerlich den männlichen Typus, wie ihn ja tatsächlich die ersten Weltkinderinnen der „Frauenemanzipation“ liebten. Die jungen sind ganz leicht gefaltet — eben modern. Aber gerade die bedeutendste und selbständigste von ihnen findet einen Mann, den sie liebt, und der sie in Hingabe liebt. Da erkennt sie, daß es doch nicht so schlimm ist, mit unsern Lebensfragen, und daß die Frauen im tiefsten Grunde ihres Herzens nicht viel anders sind als früher. „Das ist der Schlüssel des Buches, den man mit einem bekannten Wort auch so ausdrücken könnte: „Die Natur läßt sich nicht mit Heugabeln austreiben.“

Es sind also etwas differenzierte seelische Probleme, die hier besprochen werden. Immerhin spielt Weltanschauliches auf breiterer Grundlage hinein. Einzelne Vertreter der den Vorgängen widerstrebenden jüngeren Generation haben sozialistische Ideen. Andre begeistern sich für russische kommunistische Vorbilder. Ein Vertreter der zweiten Generation hat eine Arbeiterin geheiratet, mit der er vor der Ehe Kinder hatte. Was den Wert des Buches ausmacht, ist die außerordentlich große künstlerische Gestaltungskraft der Verfasserin, deren einzelne Gestalten alle ein starkes persönliches Eigenleben haben. Eine tiefe Weisheit drückt sich darin aus, daß man eigentlich Sympathie mit jeder Weltanschauung und jeder Generation in gewissem Grade hat, ebenso aber auch Sympathie mit denen, die sich gegen eben diese Weltanschauung auflehnen. Wir Menschen gehen einander zu wenig ein, daß in jeder christlich gemeinten und einigermaßen durchdachten Lebensauffassung etwas Richtiges liegt, und nicht darum so unbedunnt geworden, wie es ja auch die Cornveelts des holländischen Romans sind. Das holländische Milieu liefert einen ganz ausgezeichneten Hintergrund für die Erzählung, denn der Holländer ist von schwerer Natur, und so prägt sich bei ihm das Festhalten an der Überlieferung schärfer aus als bei leichtlebiger veranlagten Völkern. Auch die Milieugebung selbst ist vorzüglich, und so fiest man das Buch mit Interesse und Spannung vom Beginn bis zum Schluß und gewinnt wertvolle Zeitbilder daraus. Freilich werden im wesentlichen Kämpfe geschildert, wie die Frau der bestehenden Klasse sie geführt hat. Das ungeheure Problem des Lebens der Fabrikarbeiterin, ihr Frauenkampf, der zugleich ein Existenzkampf ist in ganz anderem Ausmaß, gehört ebensowenig in den Kreis der Darstellung wie bei Galsworthy. Immerhin behauptet sich dies neue Frauenwerk als Ganzes würdig neben Thomas Mann und Galsworthy und verdient auch die Aufmerksamkeit der Arbeiterfrau.

Senni Lehmann.

höhere Zahl der Verbindlichkeitsklärungen nur deshalb bebautet wird, weil in manchen Fällen für die Unternehmer die Möglichkeit besteht, ohne staatlichen Zwang mit der einen oder anderen Gewerkschaft leichter fertig zu werden. Wie berechtigt diese Auffassung ist, geht ja mit nicht mißzuerstehender Klarheit aus den Worten des Berichtes selbst hervor, in dem es an einer Stelle heißt: „Als wesentlich erachten wir und müssen auch unbedingt daran festhalten, daß die Gewerkschaften erkennen, daß neben der durch sie repräsentierten kollektiven Vertretung der Arbeitsinteressen nicht nur Raum bleibt für die Pflege der Beziehungen der Einzelunternehmungen zu ihren Arbeitern, sondern daß diese an sich ja auch primären Beziehungen sowohl nach der materiellen als auch nach der psychologischen Seite eine durchaus notwendige Ergänzung, nicht einen Gegensatz zur Arbeit der Gewerkschaften bilden.“ Das heißt also: fort mit dem staatlichen Zwang, fort mit den Tarifzöhen, her mit dem Werttarif! Denn daß Werttarife neben den tariflichen Löhnen ein Andern sind, wissen die Unternehmer so genau wie wir, weshalb doch auch derartige Verdummungsversuche besser unterbleiben sollten. Die Arbeiterzeitung ist ja selbst offen genug, zuzugeben, daß wir die obigen Worte des Berichtes richtig verstanden haben. Die „Industrielle Praxis“ (Eibersfeld) schreibt dazu: „Gerade in unserem Zeitalter der Rationalisierung ist aber die Rentabilität der Betriebe durchaus verschleudert. Ein Lohn, der für den einen Betrieb eine Bagatelle sein mag, wird von einem andern kaum getragen werden können. Und für alle diese Betriebe einen einheitlichen Lohn? Wo bleibt da die Gerechtigkeit, der gerechte Anteil der Arbeitnehmerhaft an den Erfolgen des Betriebes!“ Das ist zwar ebenso plump, aber doch offen. Und angesichts dieser Politik der Unternehmerverbände bebautet der Bericht das wenig betriebende Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern und sagt dazu: „Was endlich das unmittelbare Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zueinander anlangt, so hat sich nach dem Auseinanderfallen der aus dem Not des Krieges geübten Arbeitsgemeinschaft noch nicht wieder ein Zustand herausgebildet, der den hier vorliegenden Wünschen und Bedürfnissen gerecht wird. Niemand kann Befriedigung über die jetzige Lage empfinden, die von Missetrauen und Halbheit durchsetzt ist. Wir möchten die Schuld hierzu keineswegs nur der andern Seite zuweisen. Hier auf Seiten der Arbeitgeber werden Fehler gemacht. Einen der wesentlichsten Gründe dieses Zustandes sehen wir aber doch in der engen Verbindung der verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppen mit politischen Parteien, die die gewerkschaftliche Interessenvertretung immer wieder in den allgemeinen Kampf der Parteien mit hineinzieht und damit die Klarheit ihres eigentlichen Aufgabenzweckes trübt.“ Dazu genügt es in kurzen Worten zu sagen, daß die Arbeitsgemeinschaft durch die völlige Unverständlichkeit der Unternehmer gegenüber einer solchen Einrichtung aufgegeben werden mußte und daß sie heute aus den Erfahrungen heraus von der Arbeiterschaft mit voller Berechtigung abgelehnt wird. Hier wird die Entwicklung eben nach besten müssen, und gerade der Kurswechsel im Unternehmerlager beweist der Arbeiterschaft, daß die Entwicklung zwar ein langsam schreitendes, aber zuverlässigeres Bandenobjekt ist, als eine Arbeitsgemeinschaft, die nur von den Arbeitern Opfer verlangt. Die von den Unternehmern gegebene Verbindung der Gewerkschaften mit politischen Parteien trifft in keiner Weise zu. Die Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen den energischsten Kampf um ihre Selbständigkeit mit Erfolg geführt; das müßten gerade die letzten Jahre zur Genüge bewiesen haben. Wenn in den Unternehmerorganisationen eine solche Klarheit über ihren Aufgabenzweck bestände, wie das in den Gewerkschaften der Fall ist, dann hätte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht einen Bericht herausgeben können, der zwar manches Lehreiche für die Arbeiterbewegung enthält, aber keinen Anspruch auf Weg- und Zielfarheit erheben kann.

Korrespondenzen

Wiefelsfeld. (Korrekturen.) In der Versammlung am 3. Juli konnten wieder drei Kollegen aufgenommen werden. Die Bezirksgruppe zählt jetzt 19 Mitglieder (16 Wiefelsfeld, 2 Detmold, 1 Minden). Mitfin dürfen zurzeit wohl alle fünf unsre Sparte in Betracht kommenden Kollegen in der Bezirksgruppe vereinigt sein. Eine gründliche Aussprache zeitigte der Punkt „Korrekturen, Gausvorstand“. Sämtliche Redner verteilten die Meinung, daß der jetzige Zustand in der Gausleitung unsrer Sparte ein äußerst ungesund sei und hier unbedingt Remedur geschaffen werden müsse. Die Versammlung erachtete es auch für notwendig, daß auf dem für Anfang September in Aussicht genommenen Rheinisch-Westfälischen Korrektorentag die Zentralkommission vertreten ist.

Bochum. Unsere Bezirksversammlung am Sonntag, dem 26. Juni, in Recklinghausen erfreute sich trotz des schlechten Wetters eines guten Besuches. Die vereinigten Kollegengangsvereine Bochum-Recklinghausen brachten vor Beginn der Tagung einige Wieder zu Gehör, die allgemeinen Befall fanden. Das Andenken eines jüngst verstorbenen Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Zum Kaltenbericht, der gedruckt vorlag, wurde nach Beantwortung einiger Anfragen dem Kassierer die beantragte Entlastung erteilt. Mit Interesse folgte die Versammlung einem Referat des Kollegen May (Wiefelsfeld) über „Das Arbeitsgerichtsgesetz“. Redner vertrat es, die Anwesenden über die wichtigsten Punkte des Gesetzes aufzuklären, gleichzeitig auf die Bedeutung des Gesetzes für

die Arbeiterschaft verweisend. Zu dem alljährlich stattfindenden Gausfestsitzungsleiter tagen fünf Kollegen entsandt werden. Die nächste Bezirksversammlung findet in Witten statt. Eine der Bezirksvereinsammlungen vorausgehende Versammlung der Bezirksverbände beschloß, beim Sterbefall des Enchärsers ein Sterbegeld von 1000 M. an die Hinterbliebenen auszusagen.

Eibersfeld. Unsere Versammlung am 25. Juni war schwach besucht und dieses wurde auch vom Vorsitzenden Weber stark gerügt. Das Andenken an den verstorbenen Kollegen Paul Nabe ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen gab Kollege Bodefeld einen ausführlichen Bericht über die Jugendleiterkonferenz in Hagen. Dem Gausvorstand wurden drei Kollegen zur Wiederaufnahme empfohlen. Der Vorsitzende ermahnte nun dieselben, recht gute Werbungsmitglieder zu werden und dem Verbandsalteezeit die Treue zu halten. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete ein Vortrag des Kollegen May (Wiefelsfeld) über „Das neue Arbeitsgericht“. Nach einem Rückblick auf die Vorgeschichte des Gesetzes gab Redner in leichtverständlicher Weise die Vorteile desselben bekannt und erläuterte auch in kurzen Worten die Nachteile des Gesetzes. Wenn das Gesetz auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt, so bedeutet es doch für die Arbeiterschaft einen erheblichen Fortschritt und sei zu begrüßen, wenn auch die Befolgung des Vorsitzendenamts auf Lebenszeit als bedenklich zu betrachten sei. Der Vortrag fand gute Aufnahme, und hoffentlich beherzigen die Kollegen die lehrreichen Ausführungen. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch nähere Mitteilungen über unser demnächstige Bonner Rheinfahrt, zu der sich bis jetzt über 500 Personen gemeldet haben.

Greiz i. B. Am 20. Juni beging der Ortsverein Greiz die Feier seines 30jährigen Bestehens, verbunden mit Johannisfest. Johannisfestgäuber und Johannisfestfreude lag draußen in der Natur und auf den Menschen drinnen im festlich geschmückten Saal. Dem ersten Teil des Festprogramms bildete ein Konzert. Nach dem Einleitungschor begrüßte der erste Vorsitzende, Kollege Seidel, die Erschienenen, besonders die Gäste und den Gausvorsitzer. Einem weiteren Musikstück folgte ein auf die Feier gut eingestimmter Prolog, vorgelesen von Fräulein Giesbeth Ernst. In einer weiteren Pause ergriß unser Gausvorsitzer, Kollege Dertel (Chemnitz), das Wort zu seiner Festrede. Er schilderte die Geschichte des Ortsvereins im Rahmen des Gaus und hob besonders hervor, daß in Greiz schon lange vor der Gründung des Ortsvereins und auch nachher der Gebante festen Zusammenstehens unter den Kollegen Boden gefest hatte. Der Tag der Gründung des Ortsvereins ist der 28. März 1897. Zwei der Gründer weisen noch in unsrer Mitte: Kollege Otto Ludwig (41 Jahre Verbandsmitglied) und Kollege Paul Edelmann (39 Jahre Verbandsmitglied). Die Jubilare wurden durch ein sinniges Geschenk seitens des Ortsvereins erfreut. Kollege Ludwig dankte zugleich im Namen des Kollegen Edelmann in bewegten Worten für die ihnen zuteil gewordene Ehrung und gelobte, weiter seine Pflicht gegenüber dem Verband zu tun. Anschließend wurden noch die eingegangenen Glückwunschkarten aus Godesberg am Rhein, Plauen und Gera zur Kenntnis gebracht. Nachdem das Festprogramm abgewickelt war, vereinigten Tanz und geselliges Besammeln die Teilnehmer noch lange in froher Stimmung. Möge der Ortsverein weiter vorwärtsschreiten als ein reges Glied des Verbandes. Auf zur goldenen 50.

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 16. Juni.) Das Andenken der Kollegen R. Dreßler und R. Tiede wurde in üblicher Weise geehrt. Besonders dem Kollegen Dreßler, der über 60 Jahre dem Verbandsangehörte und jederzeit seinen Mann gestanden und treu zum Verbandsgehört, widmete Vorsitzender, Kollege Kuntzler, einen ehrenvollen Nachruf. Mitgeteilt wurde, daß die Absicht bestehe, im September nach Berlin zur Beschäftigung des Verbandshauses zu fahren. Näheres hierüber in den nächsten Gaumitteilungen. Vom Kollegen Kuntzler wurden die Betriebsvertrauensleute aufgefordert, die Klantzen an ihre Pflicht zu ermahnen und moralischen Druck anzuwenden. Sodann erhielt der Geschäftsführer der „Bauhütte Nord“, K. Klement, das Wort zu einem Vortrag mit Lichtbildern über „Genossenschaftlicher Wohnungsbau“. Einleitend wies der Referent auf das Wohnungselend im allgemeinen hin und betonte, daß in früheren Zeiten die Bauweise dergestalt gehandhabt wurde, daß Bauunternehmer, Architekten, Maler usw. stark verdienten und so systematisch die Wohnungen für die Arbeiterschaft verteuert wurden. Die „Bauhütte Nord“ liefere die Pläne für die modernsten Bauten und überwache die Bauausführung. Er wies dann auf die in Schleswig-Holstein seit langen Jahren bestehende Baugenossenschaft hin, deren Zahl sich schon auf 77 erhöht hätte; von diesen seien vor dem Kriege schon 22 000 Wohnungen gebaut worden. In Altona sei besonders der Spar- und Bauverein und in Hamburg die Schiffszimmerer-Genossenschaft und die „Produktion“ hervorzuheben. Der Staat, der eigentlich aus den Mitteln der Haussteuer für gesunde Wohnungen sorgen müsse, erfülle seine Pflicht nicht, daher müsse die Baugewerkschaft und die Baugenossenschaften in ausreichender Weise unterstützen. Viel geschähe jetzt schon durch die „Volkshilfe“, die „Arbeiterbank“ und die Genossenschaften durch Vergabe von kurzfristigen Bauschulden, die wieder durch Hypotheken der einzelnen Organisationen abgelöst würden. Der ADGB überwache durch Zusammenfassung aller Baugenossenschaften in einen Verband (die Dewog) das ganze Geschäftsgeschehen derselben, und in einem besonderen Ausschuss führe Theodor Leipart den Vorsitz. Speziell für die Baugewerkschaft wurde zu einer Schulung, wenn sie erfahren, wie in der Praxis gebaut werden muß. Architekten, die ihren Beruf in erster Linie in sozialer Weise auffassen und schon Großartiges geleistet hätten, ständen der „Bauhütte Nord“ zur Verfügung. Die Pläne würden dort hergestellt, für Finanzierung gesorgt und die Ausführung der Bauten übernommen. Alles dieses bilde einen Schutz für die Arbeiterschaft. In 100 Lichtbildern wurde gezeigt, wie früher Häuser ohne Licht und Luft gebaut wurden und wie die Bauten, die jetzt von den Bau-

genossenschaften durch die Bauhilfen errichtet werden, sich dem Auge darbieten. Die Erfahrungen im Wohnungsbau zur Hebung des Kulturniveaus der Arbeiterschaft werden in Bauten, die durch die „Bauhütte Nord“ in Lübeck, Rostock, Schwerin, Campe bei Stade, Siedlung Berne, Mettenberg bei Bergedorf, Harburg und in Altona (Pinneberger Chauffee), Hamburg-Barmbeck (Zuhlsbütteler Straße, Dahnstraße und Donnerstraße) errichtet sind, in anschaulicher Weise gezeigt. Zum Schluß wurden Aufnahmen der Neubauten der Malerei-Gesellschaft gezeigt, deren Innenabklärung in vorzüglicher Art gelungen ist, ebenso zeigten auch Innenbilder der Heimstätte am Nagelsweg von praktischer und solider Art der Bauweise der „Bauhütte Nord“. Mit der Aufforderung an die Baugewerkschaften, für die genannten Arbeiterinstitute, wie auch für die Baugenossenschaften, die nur für die Arbeiterschaft ihre erspriehliche Tätigkeit ausüben gewillt sind, zu werden, schloß der Redner seinen Vortrag. Nachdem Kollege Kuntzler dem Vortragenden für seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag gedankt hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Der Besuch hätte besser sein müssen.

Hamburg-Altona. Der Kreis der alten Hamburger Kollegendichter, welche sich besonders in früheren Jahren für unsern Verein in Freud und Leid unermüdet in den Dienst unzer Sahre stellten, wird leider immer kleiner. 1916 starb Gustav Kulemann; 1922 Heinrich Krufe; 1924 Albert Wendel und am 13. Juli unser frohgemuter Theodor Lampe.

Seine Peter schweig, die Saiten sprangen,
Die und oft so better klangen;
Und zu mancher ersten Weltung
Galtten sie der Freiheit wagt'ge Ehne
Und verkämpften uns in goldner Eune,
Was dem Völen nur im Heren kund.
Sänger du, der aus dem Volk geboren,
Deßen Brust voll idealen Glüdes —
Du halt nichts, wir haben dich verloren.
Da binabgelietten du zum Sturz.
Wenn das Leben dich nicht gottbedeant,
So nimm dein sein dieu zum glänze,
Gantest dich dir ein Ideal,
Seine Reinkunft war dir Licht — ja Sonne.
Wandelt' Erblüht dir so leicht in Sonne.
In der Mühe Arm schwand Erdental.
Drauer Sänge, zu in jedem Vreder,
Fried' und Freundschafft pulsten durch dein Sein;
Spar, für immer sind wir nun geschieden,
Nimmermehr wirst du verzeilen sein!

Heidelberg. In altgebrachter Weise beging der Bezirksverein Heidelberg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker am 26. Juni seine 30jährige. Mit der Bahn ging es zunächst nach Neckargera, sodann zu Fuß durch die widromantische Margaretenstraße über den Schreihof nach Mosbach. Hier wurden die Teilnehmer von der Stabkapelle erwartet und mit klingendem Spiel nach der „Arona“ geleitet, wo das Mittagsessen eingenommen wurde. Im Auftrag des Bezirksvorstandes begrüßte Kollege Schneider die zahlreich erschienenen Kollegen aus Heidelberg sowie den zum Bezirk gehörigen Druckorten und hielt darauf die Festrede, in der er den Lebensgang des Altmeisters Johannes Gutenberg schilderte und seine Erfindung der Buchdruckkunst als Kulturbringerin und Befreierin der Menschheit aus geistiger Knacktheit ins rechte Licht rückte. Gelang allgemeiner Lieder, Preisquadranten, „durchschossen“ von weiteren Vorträgen des Kollegen Schneider, sowie ein Tänzchen füllten den Nachmittag aus und riefen bald die feuchtschöne Stimmung hervor, wie sie bei den Heidelbergern Schwarzfünftern üblich ist. Unter Vorantritt der Musik erfolgte abends noch ein Umzug durch das Städtchen, worauf es nach dem Bahnhof ging. Jupiter Pluvius, der alte Wettergott, der mit dem nummehr einsetzenden Regen die Heimfahrt begleitete, kam zu spät, um noch etwas verderben zu können. Ein Abschiedsschoppen der „Anentwegten“ im „Artushof“ beschloß das in allen Teilen wohlgeungene Johannisfest.

Peipzig. In unsrer Gaumitgliederversammlung am 20. Juni verwies Kollege Hesselbarth im Vereinsbericht auf eine bessere Beachtung der Unfallfragen. Der Vorstand versuchte, durch Vorträge und Ausreden die Unfallvertrauensleute näher in ihr Arbeitsgebiet einzuführen. Das Abstimmungsergebnis der Urwahl des zweiten Kassierers wurde bekanntgegeben. Da keiner der vorgeschlagenen Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat, ist eine Stichwahl notwendig. Bei der inzwischen erfolgten Stichwahl ist Kollege Otto Gerßone gewählt worden. Ein Gewerbegerichtsurspruch zur Frage der Ausschließstellungen ist dahin gefällt worden, daß die Verlängerung der Ausschließzeit ohne Kündigung von vier auf fünf Wochen unzulässig ist, sofern sie nicht der besonderen Zweckbestimmung des § 9 Absatz 8 oder 9 entspricht. Zum Fall Scheller & Giese wurde die Verhandlungen geschlichtet, die zum Abschluß eines Vergleichs führten, nach dem die Einstellung der Ausgesperrten in verbleibenden Zeitabschnitten und zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen sichergestellt ist. Anschließend sprach Johann Dr. Fränkel, Lehrer an der Metallarbeiterhochschule in Dürrenberg, über „Das Arbeitsgerichtsgesetz“. Er betonte einleitend, daß mit der Schaffung dieses Gesetzes die bisherige starke Zersplittertheit des Arbeitsrechtswesens aufgehoben ist. Neben dem individuellen Arbeitsrecht wird dort auch das kollektive Arbeitsrecht vertreten werden. Allerdings bleiben die Schlichtungsausschüsse bestehen, die ihre Aufgabe darin finden, neues Recht zu schaffen, im Gegensatz zu den Arbeitsgerichten, die nur auf Grund des bestehenden Rechts Entscheidungen treffen können. Dr. Fränkel schilderte dann den Kampf, der bei der Entstehung des Gesetzes um die Form und das Vertretungsrecht geführt worden ist. In anschaulicher Weise gliederte er den Instanzenzug und zeigte dabei die Aufgaben der einzelnen Instanzen auf. Neben dem Arbeitsgerichtsverfahren ist auch noch das tarifliche Schlichtungsverfahren zulässig. Zum Schluß erklärte der Redner, daß das Arbeitsgerichtsgesetz durch die Gewerkschaftsbewegung beschritten worden ist. Es ist ein Teil des kommenden neuen, nach der Verfassung verbürgten Arbeitsrechts. Besonderer Wert muß auf die Bekämpfer aus Arbeiterkreisen gelegt werden. Voraussetzung für gute Kenntnis des Gesetzes, gesunde Vorkstellungsgabe und vor allem ein festes Rückgrat. Sehr lebhafter Beifall dankte dem Redner für die vorreff-

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber...

Einspruchsfrist für Patentanmeldungen zwei Monate nach Veröffentlichung.

Patentmeldungen

Veröffentlichung im 'Patentblatt' vom 7. Juli 1927: Rf. 15a...

Patenterteilungen

Rf. 15d 447 618 Maschine und Maschinen Limited, London...

Gebräuchlicher

Rf. 15c 008 072 Schnellpressfabrik Frankenthal Albert & Cie...

Literarisches

'Die Kunst im Reinen.' So bezeichnet die Staatliche Kunstakademie...

'Der Arbeitermarkt.' Rudolf Weller's praktische Hinweise...

der Erbsgruppen und ein Verzeichnis der angeschlossenen Erbsgruppen...

Das Verzeichnis für Heim und Wandern. Patentvermerk...

Landarbeiter-Wohlfahrt. Das soeben erschienene Heft 3 hat folgenden Inhalt...

Der Arbeitermarkt. Monatsheft für arbeitslose und verlorene Gewerbe...

Die Arbeitermarke. Beilage für sozialistische Buchhändler...

Die Arbeitermarke. Beilage für sozialistische Buchhändler...

Briefkasten. Z. G. in B. Für Übermittlung besten Dank...

Verbandsnachrichten. Was An der Enale. In Verfolg unseres letzten Birkulars...

Korrespondenzen. Peter A. M. Kaffner: Bernhard Maier, Badenweiler...

Zur Aufnahme gemeldet. (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Arbeiterkammer. Am 25. April 1927 reiste der Drucker Eugen...

Veranstaltungskalender. Dielefeld. Maschinenherstellungswerkstatt...

Anzeigengebühren: die sechspaltige Nonpareillezeile 20 Pfennige für die Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und für Todesanzeigen...

Anzeigen

Druckervereinigung Weimar. Sonnabend, den 27., und Sonntag, den 28. August...

Reiflinglinienarbeiter. Ein auf diesem Gebiete erfahrener und tüchtiger Arbeiter...

Spießen! Wir garantieren für absolut feinstes Spießfleisch...

Postenpresse. Tegel, Schnellpressen, Neueinrichtung von Druckereien...

Verein Dresdener Schriftgießer. Sonnabend, den 20. August, abends 7 Uhr...

Züchtiger Schriftsetzer. sucht Stellung. Angebote unter Nr. 397 an die Geschäftsstelle des 'Korr.'...

MUSIK Instrumente. für Orchester, Schule und Haus...

Ahlen u. Pinzetten. Linooleum und Farben. Stichel für Blei, Holz, Zeichenmaterial...

Züchtiger Schriftsetzer. der mit der Flachdrucktypographie vertraut und in der Lage ist...

Strebamer, zuverlässiger Gelehrter. 22 Jahre alt, sucht sich gelegentlich nach Hamburg zu verdrängen...

Reisehandbuch für Buchdrucker. 3. erweiterte Auflage. Bearbeitet von Robert Gieser...

Freie Gedanken. sind in ausgewählter Zusammenstellung erschienen. Ganzleinen 5 M., Halbleinen 4 M. Porto besonders.

Züchtiger Monotypsetzer. mit langjähriger Erfahrung und besten Kenntnissen zu baldigem Antritt geeignet.

Linotypsetzer. für neue Dreibeckenmaschine in angenehme Tagesstellung sofort gesucht.

Wertpapiertafeln. für Kontenplattensystem in Blei, Zinn, Zink, Kupfer, Nickel, Eisen...

Theodor Lampe. Der Verstorbenen von einer der Mitglieder unserer sehr zahlreich bestehenden Vereinigung...

Verlag: Erbsgruppenvermittlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5...